

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unerfahrene Leser: (siehe Anmerkungen über den Inhalt der Rubriken keine Verantwortlichkeit)

Verleger: Carl Hebebrand, Berlin, Unter den Linden 101. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Verhandlungen mit der Entente.

Besprechung in Paris.

In Paris dürfte heute eine neue Besprechung zwischen dem Generalen v. Frenner und Herrn Dutasta über die endgültige Ratifizierung des Friedensvertrages und über den Fortschritt des beigefügten Protokolls stattgefunden haben. Die Einwendungen, die von deutscher Seite erhoben werden, beziehen sich andauernd auf zwei Punkte: auf die geforderte Auslieferung der Schwimmbotsen usw. und auf den Satz des Protokolls, dessen Annahme der französischen Regierung die Möglichkeit ließe, die deutschen Kriegsgefangenen aus nach dem Inkrafttreten des Friedens noch in Frankreich zurückzuhalten.

Am heutigen Montagvormittag wurde erörtert, daß in der Pariser Presse heute ein Beispiel gibt, Deutschland habe die Anfechtungen an Frankreich, zu denen es verpflichtet ist, unterbrochen. So fürchtete in der Presse die Entente, daß die Bundesratsmitglieder, die von deutscher Seite ernannt wurden, sich nicht an der Ratifizierung beteiligen würden. Diese Besprechungen wurden zurückgehalten, weil Deutschland, indem es uns nicht die verlangten Bedingungen anerkennen will, ein gefährliches Beispiel gibt. In der Presse wird es nicht als ein Beispiel angesehen, sondern als ein Zeichen der Unzufriedenheit mit dem Vertrag. Die Ratifizierung des Friedensvertrages wird durch die Ratifizierung des Friedensvertrages nicht gefährdet. Die Ratifizierung des Friedensvertrages wird durch die Ratifizierung des Friedensvertrages nicht gefährdet.

Zurückhaltung des Ultimatus an Rumänien.

Ein persönlicher Schritt König Ferdinands bei der Entente. (Telegramm unseres Korrespondenten)

Paris, 1. Dezember. Der Oberste Rat hat seinen am Samstag Morgen gestellten Beschluß, das Ultimatum an Rumänien zu veröffentlichen, noch im Laufe des Sonnabends nicht ausgeführt. Diese Maßnahme erfolgte, wie jetzt feststeht, auf Wunsch eines persönlichen Schrittes von König Ferdinand, der dem König von England, Clemenceau und dem König von Italien die Gründe für die scheinbare Zurückhaltung noch nicht habe erläutern können. Wenn der Oberste Rat nun auf einer Abstimmung des Ultimatus vor dem Ratifizierungsausschuss der Entente eine persönliche Verantwortung für Annahme oder Ablehnung des Ultimatus tragen. Er ist sich daher veranlaßt, dem Obersten Rat um einen Rückruf zu ersuchen.

Protest der italienischen Sozialisten gegen die Zurückhaltung der deutschen Gefangenen.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Rom, 30. November. Die italienische sozialdemokratische Partei beklagt den Zurückhaltungsbeschluß der deutschen Regierung, die Gefangenen in Frankreich zu behalten. Dieser erregt die Partei in dem Maße, daß sie einen Protest gegen das Verhalten der deutschen Regierung abgibt. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat eine Resolution angenommen, die die italienische Regierung ersucht, die Gefangenen freizulassen.

Ein sozialistischer Bürgermeister.

Die kommunale Politik Magdeburgs.

Dr. Paul Michaelis.

Die städtischen Gemeinden sind durch die politische Umwälzung vor ganz neue Aufgaben gestellt worden, und es ist unvorstellbar, daß im Juli nächsten Monats damit auch ein Wechsel in den leitenden Stellen stattfinden. Hier in Magdeburg hat die sehr starke und gut organisierte Reichssozialdemokratie die Konsequenzen aus der veränderten Lage geschöpft, indem sie an die Spitze der Stadtverwaltung ihren Vertrauensmann brachte. Der neue Oberbürgermeister Weims war ebenfalls als sozialistischer Kandidat mit als geschickter Organisator gewählt. Seine Berufung war deshalb kein Zufall gewesen, da er die besten Kenntnisse über die kommunale Verwaltung besitzt, die der Kreis der Magdeburger Bürgergäste sind. Diese Eigenschaften sind heute noch nicht selten, aber sie sind doch sehr in den Hintergrund getreten, und besonders die Demokraten haben sich mit Herrn Weims zu gemeinsamen kommunalen Arbeiten zusammengeschlossen.

Überbürgermeister Weims, der mit seiner Grundidee und Ziele mit aller Offenheit darlegte, geht nicht zu den Forderungen der Theorie, die mit dem Kopf durch die Wand wollen. Die kommunale Praxis hat das ihre dazu getan, ihn auf die Kunst des Möglichen hinzuweisen. Lieber die frühere „Einkaufswirtschaft“ in Magdeburg hat Herr Weims mit seinem Urteil allerdings nicht zurück. Damals wurden alle Ausgaben, die ein Ausgaben der Steuerzahler zur Folge haben sollten, zurückgeschickt. Das neue Regime mußte beschließen, die Ausgaben aus dem kommunalen Haushalt zu übernehmen, um alle Einnahmen wieder auf zu machen und den von allen Seiten heranragenden Anforderungen gerecht werden zu können. Die Anpassung der Gehälter und Löhne für die städtischen Angestellten und Arbeiter an die Marktpreise ließ sich in Magdeburg in wenig in anderen Gemeinden vermeiden. Aber Herr Weims macht kein Hehl daraus, daß die Steuerlast nicht unbeschadet abgetragen werden kann, und er behauptet sich nicht, daß die Steuerlast bei den Arbeitern besonders groß ist.

Bei aller Sympathie für die Reichseinheit ist Herr Weims auch Realpolitiker genug, um die Notwendigkeit eines starken Preussens zu erkennen. Er wehrt sich gegen eine Einseitigkeit, die über die Zerstörung Preussens hinweggehen würde. Nur wenn Preußen stark bleibt, können wir zum Reichseinheit kommen, und ebenso wird die Gemeinde lebensfähig bleiben. Deshalb ist Herr Weims bei der Steuerpolitik Erzbergers nicht einverstanden. Die Selbstverwaltung geht bei der Reichseinkommensteuer zum Verlust, sagte er mir. Er hält es für ein Übel, daß das Reich über die Bedürfnisse der einzelnen Gemeinden entscheiden soll; das kann nur die demokratische Gemeinde selbst, die deshalb auch in ihrer Finanzverwaltung Bewegungsfreiheit behalten muß, und ebenso muß die Gemeindeverwaltung besonnen genug sein, manche an sich wünschenswerte Forderung zurückzustellen, weil es an den erforderlichen Mitteln fehlt. So hat man in Magdeburg die an sich gewiß nicht unberechtigte Forderung von Schuljahrzeiten bis auf weiteres betagt.

Auch in der Frage der Kommunalisierung lehnt Herr Weims jede Überstürzung ab. Auf dieser Gebiet spielt ja heute die Phantasie der Kommunalreformer besonders stark. Auch in Magdeburg wurde die Übernahme der Rinn- und Theater erörtert. Herr Weims hält sich aber kluglich zurück, weil er nicht finanzielle Verpflichtungen übernehmen will, die die Gemeinde bei einer Umwandlung des öffentlichen Besitztums verhängnisvoll werden könnten. Anders liegen die Dinge bei den Erbschaften, die unter ihrer heutigen Verwaltung kaum den bestehenden Ansprüchen genügt.

Großere Bewegungsfreiheit war bei der Bekämpfung der Wohnungsnot möglich. Auch in Magdeburg ist ein empfindlicher Mangel an Wohnmöglichkeit. Besonders ist der Zustrom aus den belebten Gebieten sehr stark. Man hat denn auch ein Wohnungsamt mit einem Direktor an der Spitze geschaffen. Trotz der wachsenden Schwierigkeiten sind von der Stadt 800 Wohnungen gebaut worden. Es wurde noch mehr gefordert, wenn die staatlichen Zuschüsse nicht an die Hand zu bekommen wären. Herr Weims hält, und wohl zurecht, den Hochbau für die Zweck seiner Stadt für weniger geeignet. Wenn er auch den Bau von Mietwohnungen ablehnt, so ersieht man doch ein dreigeschossiges Wohnhaus ohne Seitenflügel und Hinterhaus als die zweckmäßigste Bauform. Am auch größere Kreise für die Wohnungsreform zu interessieren, bemüht sich Herr Weims, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadtverwaltung und der einschlägigen Industrie aufzubauen, deren Aufgaben allerdings nicht bloß auf die Herstellung von Arbeiterwohnungen beschränkt bleiben sollen.

Ein weiteres kommunales Problem liegt in dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Erwerbslosen ist in Magdeburg, worauf schon früher hingewiesen wurde, nicht allzu groß. Aber Herr Weims sieht in der Arbeitslosigkeit mit Recht einen Arbeitsfahndung, dem mit aller Energie zu begegnen werden muß. In Magdeburg sind denn auch verschiedene Versuche gemacht worden, um die Zahl der Arbeit zu vermindern. Vor allem ist überall, wo es möglich erschien, die Hilfsarbeit eingeführt worden, auch bei den Hofhandarbeiten. Ohne Hilfsarbeit kommen wir heute nicht aus, erklärte Herr Weims. Es wurde der Gruppenafford eingeführt, bei dem eine bestimmte Zahl von Arbeitern einen bestimmten Auftrag übernimmt. Bei der Umwandlung des Forts II in Baracken ging man noch einen Schritt weiter, es wurde eine gemeinnützige Arbeitsgemeinschaft begründet, die Unternehmer und Arbeiter zu

Die Drohung des Generals Nessel.

Zu der Drohung des Führers der Entente, die die Ratifizierung des Friedensvertrages zu verhindern, erheben sich nunmehr auch die Stimmen der deutschen Presse. Ein Artikel in der „Allgemeinen Zeitung“ enthält eine Mitteilung über die Drohung eines französischen Offiziers in Washington durch Soldaten der 6. Armee, die die Ratifizierung des Friedensvertrages zu verhindern, erheben sich nunmehr auch die Stimmen der deutschen Presse.

Schluß der Arbeitskonferenz in Washington.

Wiederzusammentritt im Januar in Paris. (Telegramm unseres Korrespondenten)

Washington, 1. Dezember. (Soll. New York). Die internationale Arbeitskonferenz hat ihre Sitzungen beendet. Die Tagesordnung für die im Januar 1920 in Paris zu eröffnende neue Sitzung wurde festgelegt. Die Ratifizierung des Friedensvertrages ist die wichtigste Aufgabe der Konferenz. Die Konferenz wird sich mit der Ratifizierung des Friedensvertrages befassen.

Schwere Niederlage der Bolschewiki bei Harva.

Sankt Petersburg, 1. Dezember. (Soll. S. P.).

Nationalitäten sind an Harva: Die Kämpfe bei Harva haben eine sehr schwere Niederlage gewonnen. Die Bolschewiki sind von den Nationalitäten besiegt worden. Die Nationalitäten haben die Bolschewiki bei Harva besiegt.

Neue Angriffe der Entente.

Am zehnjährigen Jubiläum der V. A. Die deutsche Region ist im Mittelmeer von Entente. Die Entente Division ist an der Bahn durch den Mittelmeer verfahren. Das

Englands Wohlwollen gegenüber Ungarn.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 1. Dezember. Die Entente, daß die ungarische Friedensdelegation nun doch erst gegen Verhandlungen nach Paris berufen werden soll, deutet darauf hin, daß sich in dem Augenblick, da die Frage des Friedens mit Ungarn aktuell wird, neue Gespräche zwischen den Verbänden ergeben. England legt den Ungarn gegenüber jetzt auf allen den Wohlwollen an den Tag, offenbar um sich einen Sieg nach dem Orient zu sichern und entscheidenden Einfluß auf den Donauraum zu gewinnen. In Prag und Belgrad erregt die Haltung Englands bereits einige Verwirrungen. Aber auch in Wien fürchtet man, daß unter diesen Umständen Deutsch-Oesterreich noch des einzigen Gewinners aus dem Friedensvertrag, die Ungarn zu sein, verurteilt werden könnte. Frankreich scheint auch Ungarn gegenüber bedingungslos auf der Seite der Nationalstaaten zu stehen.

Die Mitteilung des englischen Premierministers Lloyd George im Unterhaus.

London, 1. Dezember. Die Mitteilung des englischen Premierministers Lloyd George im Unterhaus, daß er eine Hilfsaktion für Zentral-Europa möglichst durch große Kredite für notwendig halte, ist auf Fragen des Herrn Curzon und des Lords Curzon-Bentley erfolgt. Es muß darauf hingewiesen werden, daß beide Fragen lediglich von dem Gebiet des früheren Oesterreich und der ersten Lage des Gebietes betroffen haben. Von Deutschland kein Wort. Das entspricht der gegenwärtig vorherrschenden Stimmung in England, und es bleibt dahingestellt, ob Lloyd George den Inhalt der Fragestellung in seiner Antwort absichtlich erweitert oder aus Unkenntnis von „Zentral-Europa“ gesprochen hat. Das England-große Kredit für seine Gebiete seit längerem in Betracht zog und darüber mit Amerika gesprochen hat, war bekannt.

Der „Mantel“ veröffentlicht einen Aufruf an die italienischen Arbeiter.

Der „Mantel“ veröffentlicht einen Aufruf an die italienischen Arbeiter, die hungernden und freiziehenden Arbeiter Kinder in Masse nach Italien kommen zu lassen, bei sich aufzunehmen und dadurch wenigstens von der Verhungern und Erfrieren zu retten.